





# Rede Plenum



## Eckhardt Rehberg

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Mitglied des Haushaltsausschusses  
Vorsitzender der Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

 (030) 227-75613

 (030) 227-76570

 eckhardt.rehberg@bundestag.de  
 www.eckhardt-rehberg.de

Donnerstag, 10. Juni 2010

### Rede zur Bildungspolitik

#### 4.a) Beratung Antrag SPD

Nationalen Bildungspakt für starke Bildungsinfrastrukturen schaffen

- Drs. 17/1957 -

#### 4.b) Beratung Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gemeinsam für gute Schulen und Hochschulen - Kooperationsverbot von Bund und Ländern  
in der Bildung abschaffen

- Drs. 17/1984 -

#### 4.c) Beratung Beschlussempfehlung und Bericht (18. Ausschuss)

zum Antrag SPD

Studienpakt für Qualität und gute Lehre jetzt durchsetzen

zum Antrag DIE LINKE.

Forderungen aus dem Bildungsstreik aufnehmen und die soziale Spaltung im  
Bildungssystem bekämpfen

zum Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Konsequenzen aus dem Bildungsstreik ziehen - Bildungsaufbruch unverzüglich einleiten

- Drs. 17/109, 17/119, 17/131, 17/1977 -

#### ZP.2) Beratung Antrag SPD

Frühkindliche Bildung und Betreuung verbessern - Für Chancengleichheit und Inklusion von  
Anfang an

-Drs. 17/1973 -

### Eckhardt Rehberg (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Sicherlich kann man sagen, Herr

Rossmann, das man zu spät kommt, aber die spannende Frage ist, wer zu spät gekommen

ist. Unter Rot-Grün hat es in der Bildungspolitik 1998 bis 2005 einen Aufwuchs um gerade 1,2 Milliarden Euro gegeben.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD): Nein!)

- Ja, natürlich. Lesen Sie doch die Haushaltszahlen nach! Sie haben mit 6,5 Milliarden Euro angefangen und mit 7,6 Milliarden Euro aufgehört. Das ist richtig. - In dieser Zeit haben Sie nur ein Prestigeobjekt fertig bekommen, nämlich das Ganztagschulprogramm. Ganz anders nach 2005: Es gab mit Ministerin Schavan einen Paradigmenwechsel in der Bildungspolitik der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir haben von 2006 bis heute, bis 2010, eine Erhöhung von fast 3 Milliarden Euro auf rd. 11 Milliarden Euro vorgenommen. Das ist eine Steigerung um fast ein Drittel in fünf Jahren. Herr Rossmann, Sie haben gesagt, wir seien in einer finanziellen Schicksalsgemeinschaft, und beklagen gleichzeitig, dass der Bund in einem Programm des dritten Paktes den Hochschulen nur einen Anteil von 10 Prozent abverlangt. Ich frage Sie: Welchen Einfluss haben Sie als der verantwortliche Bildungspolitiker in der SPD-Bundestagsfraktion auf Ihre Ministerpräsidenten?

In Punkt 6 des Beschlussentwurfes der A-Länder für den Bildungsgipfel, der in wenigen Stunden beginnt, heißt es, dass die Erreichung des **10-Prozent-Zieles** bis 2015 mit den vorhandenen Ressourcen nicht sichergestellt werden kann. Das heißt, die A-Länder stellen den Zeitpunkt 2015 infrage.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es geht noch weiter. Ich finde es fatal, was hier in den letzten Tagen abgelaufen ist. Mich stellt auch das, was von den B-Ländern im Beschlussentwurf steht, nicht immer zufrieden.

(Dagmar Ziegler (SPD): Also!)

Aber was die A-Länder in Punkt 7 machen, ist ein reines Geschacher um Mehrwertsteuerepunkte.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir stehen in der Bildungspolitik vor verschiedenen **Herausforderungen**: erstens die demografische Entwicklung; zweitens insbesondere in den neuen Bundesländern eine verschärfte Situation. In Mecklenburg-Vorpommern scheiden jeden Monat 1 400 Beschäftigte aus Altersgründen aus dem Arbeitsleben aus, ca. 16 000 im Jahr. Die Zahl der Schulabgänger in den nächsten Jahren liegt zwischen 9 000 und 12 000 pro Jahr. Das zeigt, dass das Thema Bildung die eigentliche soziale Frage des 21. Jahrhunderts ist.

(Dagmar Ziegler (SPD): Das stimmt!)

Wenn wir - dafür steht der Bund - in Zukunft keinen Fachkräftemangel wollen, dann müssen wir bei der frühkindlichen Bildung, der Berufsorientierung und der Hilfe für benachteiligte Jugendliche ansetzen.

Ein Blick auf den Aufwuchs der Bildungsausgaben zwischen den Jahren 2006 und 2008, wo die Steuereinnahmen auch für die Länder stark geflossen sind, zeigt: Der Bund hat massiv aufgestockt, die Länder hingegen waren sehr verhalten. Diejenigen Länder, die nicht erkennen, dass in die Bildung investiert werden muss, werden ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU/CSU - Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD): Wem sagen Sie das?)

Einigen Ländern, liebe Kolleginnen und Kollegen gerade von der Opposition, scheint nicht aufzufallen, dass die **Schulabbrecher- und Ausbildungsabbrecherquoten** zwischen 20 und 25 Prozent liegen. Die Zahlen der Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss bewegen sich zwischen 5 und 13 Prozent. Ich nenne jetzt einmal nur die Länder, die nicht am oberen Rand liegen: Das sind Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen und Thüringen, die vier Länder, die bei PISA ganz vorn stehen, zufällig unionsgeführte Länder mit kontinuierlicher Schulpolitik und mit unterschiedlichen Schulsystemen. Bei den Ausgaben pro Schüler stehen diese vier Länder nicht unbedingt an der Spitze. Das zeigt, dass viel Geld nicht gleichzeitig gute Bildung bedeutet.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Rossmann?

**Eckhardt Rehberg (CDU/CSU):**

Gerne.

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Bitte schön.

**Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD):**

Herr Rehberg, Sie haben unsere gemeinsame Sorge angesichts von 80 000 jungen Menschen ohne Schulabschluss und vielen Hunderttausend Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung angesprochen. Deshalb stellt sich für uns die Frage, ob Sie garantieren können, dass das Bundesinstrumentarium, durch das bisher im Rahmen von Arbeitsförderungsgesetzen die Nachholung des Hauptschulabschlusses gefördert wurde, beibehalten wird. Denn sonst besteht nicht nur die von Ihnen aufgezeigte Kritik vonseiten des Bundes gegenüber den Ländern, von denen der Bund mehr erwartet, sondern es besteht auch Kritik in diesem Hause, weil wir die Sorge haben, dass im Rahmen dessen, was Sie als Ihr Sparkonzept vorgestellt haben, dieses Bundesinstrumentarium angegriffen werden könnte. Es wäre hilfreich, wenn Sie jetzt ein Wort dazu sagen könnten, ob es unter Ihrer Verantwortung erhalten bleibt, und zwar in dem Rahmen, den wir uns in der Großen Koalition mühsam erarbeitet haben.

(Beifall bei der SPD)

**Eckhardt Rehberg (CDU/CSU):**

Herr Rossmann, die Bundesregierung hat ein Eckpunktepapier zum Haushalt 2011 und zur mittelfristigen Finanzplanung für die nächsten Jahre vorgelegt. Am 7. Juli dieses Jahres wird es einen Regierungsentwurf zum Haushalt 2011 geben, und im September beginnen wir mit den Haushaltsberatungen. Dann wird Ende November/Anfang Dezember der Haushalt hier

im Deutschen Bundestag verabschiedet. Da ich davon ausgehe, dass der Vermittlungsausschuss an der einen oder anderen Stelle bemüht wird, kann ich Ihnen heute nicht sagen, wie der Haushalt endgültig aussieht. Ich kann Ihnen aber mit Sicherheit sagen, dass die Bundesregierung und die Regierungsfractionen - das war auch Gegenstand der Gespräche am Wochenende - fest zur Erreichung des 10-Prozent-Ziels stehen und dass wir in dieser Legislaturperiode insgesamt 12 Milliarden Euro für Bildung und Forschung mehr ausgeben werden, 400 Millionen Euro für Bildung pro Jahr und 350 Millionen Euro für die Forschung pro Jahr. Herr Rossmann, dies ist mehr als ehrgeizig. Insoweit habe ich überhaupt keine Sorge, dass die Gruppen, die Sie angesprochen haben, nicht weiterhin die Förderung erfahren, die sie bisher erfahren haben. Es wird eher noch mehr sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Als Haushälter möchte ich noch eine Anmerkung zu dem Vorwurf unseriöser Haushaltspolitik machen. Wir haben gemeinsam in der Großen Koalition Konjunkturpakete geschnürt. Wir haben gemeinsam ein Bürgerentlastungsgesetz auf den Weg gebracht. Wir haben - das halte ich in gesellschaftspolitischer Hinsicht für hoch verantwortlich - die Sozialbeiträge nicht erhöht, sondern der Arbeitslosenversicherung und der Krankenversicherung einen Zuschuss in Höhe von 17 Milliarden Euro gegeben, insbesondere auch deswegen, weil das sozial gerecht ist, weil die oberen 10 Prozent der Steuerpflichtigen 60 Prozent und die unteren 50 Prozent der Steuerpflichtigen nicht einmal 8 Prozent des Steuervolumens aufbringen müssen, während man schon ab dem ersten Euro des Bruttolohns Sozialabgaben zahlen muss. Zur Erinnerung derjenigen, die uns unseriöse Haushaltspolitik vorwerfen: Dieser Haushalt 2010 ist im Wesentlichen der Steinbrück-Haushalt. Insoweit trifft der Vorwurf unseriöser Haushaltspolitik die SPD selber. Wer mit einem Finger auf andere zeigt, auf den weisen vier Finger zurück.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP - Zuruf von der SPD: Drei!)

Eine Anmerkung zur **Langzeitwirkung** von Steuerpolitik. Mitte 2000 ist eine große Steuerreform von Rot-Grün auf den Weg gebracht worden. Dies hat bewirkt, dass im Jahr 2001 die fehlenden Einnahmen aus der Körperschaftsteuer aus den Einnahmen der Lohnsteuer

finanziert werden mussten, weil Sie die großen Unternehmen noch reicher gemacht haben, indem Sie die Veräußerung von Kapitalbeteiligungen steuerlich freigestellt haben. Das wirkt bis heute nach. Ihre Steuerpolitik hat im ersten Jahr zu Steuermindereinnahmen in Höhe von 24 Milliarden Euro und im letzten Jahrzehnt zu Steuermindereinnahmen in Höhe von insgesamt 120 Milliarden Euro geführt. Unter den Nachwirkungen leiden heute Länder und Kommunen nach wie vor.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das Schmankerl dieser Geschichte ist: Die entscheidenden Stimmen kamen von der PDS bzw. der Linken aus Schwerin. Man hat sich mit fünf Ortsumgehungen kaufen lassen und hat dann Ja zu diesem Steuerreformpaket gesagt. Wer über die Finanzausstattung von Ländern und Kommunen redet, der muss auch an den Sommer des Jahres 2000 denken.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)